

Gedenkstättenreferat
Thomas L u t z

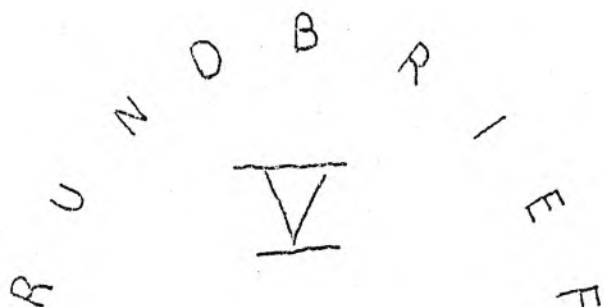
Aktion Sühnezeichen Friedensdienste e.V.

Jebensstraße 1, 1000 Berlin 12
Telefon: (030) 31 02 61

Konten:

Postscheckkonto Berlin West Nr. 675-103
Deutsche Bank Berlin
Konto Nr. 8952814, BLZ 10070000

mai 1984



Inhaltsverzeichnis

1. Vorbemerkung

2. Die Konzeption des Rundbriefes

A Berichte über Gedenkstätten und Initiativen

2. Osthofen - Von den Möglichkeiten als Gewerkschaft an die Geschichte eines ehemaligen KZ's zu erinnern

1. Bericht zur "Gedenkstätte Hadamar"

B Zur Diskussion

1. Antisemitismus und Aufarbeitung - Artikel zum Historiker-Kongreß in Stuttgart

C Informationen, News

1. Zum Stand der Internat. Jugendbegegnungsstätte in Dachau (abgedruckt vor B 1.)

2. Artikel zum "Aktiven Museum"

D Veranstaltungen

E Anhang

1. Protokoll des Gedenkstättenseminares vom April in Westberlin

2. Die Konzeption des "Aktiven Museums"

3. Literatruhinweise: "Hessen im Nationalsozialismus"

GEDENKSTÄTTENREFERAT

Aktion Sühnezeichen
Friedensdienste e.V.

- Thomas Lutz -

Jebensstraße 1, 1000 Berlin 12
Telefon: (030) 31 02 61

Welche Bedeutung hat die Gedenkstättenarbeit für "ASF" ?

- Die Arbeit von "Aktion Sühnezeichen"(ASF) ist von Anfang an (seit 1956) bestimmt von der Notwendigkeit, die Ursachen und Folgen der national-sozialistischen Gewaltherrschaft zu überwinden. Die Erfahrungen und Lehren aus dieser Zeit politischer und rassistischer Verfolgung sind die Grundlage für die zukunftsorientierte Friedensarbeit von ASF.
- Aus dieser Verpflichtung ergibt sich u.a. eine Mitarbeit in den Gedenkstätten Auschwitz, Majdanek und Stutthof. Etwa 50 Gruppen pro Jahr werden dort bei ihren Studienaufenthalten von ASF-Freiwilligen betreut.
- Seit einigen Jahren arbeiten Freiwillige, oft nach ihrem Dienst in der VR Polen, in den bundesdeutschen Gedenkstätten in Dachau und Neuengamme. Sie übernehmen dort Führungen, richten Veranstaltungen aus und unterstützen die Forschungsarbeiten.
- Die Entwicklung eines kritischen Geschichtsbewußtseins in unserer Gesellschaft gehört zu den wesentlichen Arbeitszielen von ASF. Dabei bemühen wir uns um eine Zusammenarbeit mit allen, die für Gerechtigkeit, Frieden und Völkerverständigung eintreten.

Die Arbeit des Gedenkstättenreferates !

- Das Interesse an der Erforschung und Aufarbeitung des Nationalsozialismus nimmt immer stärker zu. Es sind neue Gedenkstätten, Initiativen für Gedenkstätten und Ausstellungen, antifaschistische Stadtführungen, Spurenforschungsprojekte und viele Aktivitäten mehr ins Leben gerufen worden.

Als ein großes Manko hat sich erwiesen, daß die einzelnen Initiativen an ihrem Ort oft eine sehr gute Arbeit leisten, jedoch ihnen der Überblick über die Arbeit anderer Initiativen fehlt und eine Zusammenarbeit und ein Austausch nur partiell stattfinden.

Daher hat sich ASF vor etwa eineinhalb Jahren entschlossen ein neues Referat einzurichten, daß sich zur Aufgabe gemacht hat, gerade die Kommunikation der Gruppierungen untereinander zu verbessern und übergreifende Anliegen aufzugreifen.

Folgende Aufgabenbereiche werden abgedeckt:

- Koordinierung der Arbeit, d.h. Weitergabe von Informationen und Erfahrungen, Forschungsergebnissen, wichtigen Mitteilungen etc..
- Verschaffung eines Überblickes über die Arbeit der Gedenkstätten und Initiativen, Sammelstelle für Informationen und Anlaufstelle für Informationshungrige.
- Beratung von Initiativen, vor allem solchen, die gerade ein Projekt beginnen.
- Veranstaltung von Seminaren und Studienfahrten mit für die Gedenkstättenarbeit wichtigen Themen.
- Erstellung einer Bibliographie zur 'grauen Literatur', die über Stätten der Verfolgung und des Widerstandes erschienen ist.
- Erstellung einer Übersicht über Orte, wo 'alternative Stadt- (und sonstige)führungen' durchgeführt werden.

Da die Weitergabe von Informationen immer nur so gut ist, wie der Informationsfluß zu der Sammelstelle, möchten wir dringend an alle, die etwas zu den oben aufgeführten Arbeitsbereichen beitragen können, die Bitte richten, diese an das ASF-Büro in Westberlin weiter zu leiten!!!

1. Vorbemerkung

Der zweite von mir zusammengestellte Rundbrief ist fertig! Nachdem ich nun seit fast einem drittel Jahr diese Arbeit ausübe, kann ich schon genauer darlegen, was in meinen Augen sinnvoll zu tun ist. Eine kurze Arbeitsbereichsbeschreibung habe ich unter Punkt 3 in diesem Rundbrief dargelegt.

Eine Richtigstellung zu dem "Referat, daß vor eineinhalb Jahren" eingerichtet wurde. Hat zunächst Thomas Vogel als Vikar diese Stelle für ein Jahr begleitet, so habe ich sie nun übernommen, ohne daß der Fortbestand dieser Stelle endgültig gesichert ist. Allerdings ist zu hoffen, daß ein Referent langfristig für diese Stelle eingestellt wird, wenn die finanzielle Situation von ASF es zuläßt (und Spenden sind steuerlich absetzbar).

Ein Hinweis noch zu dem Versuch eine Bibliographie der "grauen Literatur" zu Konzentrationslager zu erstellen. Diese soll hier im Büro gespeichert und in einem "Verfasser-", "Sach-" und "Orts-katalog" aufgearbeitet werden.

Daher möchte ich darum bitten ab jetzt die Angaben zu neu erschienenen Broschüren, Doktorarbeiten und Büchern aus kleinen Verlagen gleich ans ASF-Büro weiter zu schicken. Wichtig ist sicher auch hier, Informationen über Personen, die zu wichtigen Fragen der Gedenkstättenarbeit Auskunft geben können, z.B.: Ver- s- oder Archivrecht, zusammen zu tragen.

Ich denke mir, daß ich neben der Einordnung in die Karteien die neuen Publikationen im Rundbrief veröffentlichen kann.

In meiner bisherigen Arbeit habe ich noch stärker den Eindruck gewonnen, daß es immens wichtig ist, Informationen unter den Gedenkstätten und Initiativen intensiv auszutauschen.

Ein Forum für diesen Austausch sollte in noch größerem Umfang dieser Rundbrief sein, dessen Konzeption ich im folgenden Abschnitt darstellen werde. Weiterhin sollten die zweimal pro Jahr geplanten Gedenkstättenseminare die Zusammenarbeit vertiefen.

Ich bemühe mich zudem die Gedenkstätten persönlich aufzusuchen. Dieser Kontakt vor Ort ist viel anschaulicher, intensiver und wichtiger, wie die briefliche oder telefonische Korrespondenz. Leider nehmen diese Besuche im Bundesgebiet sehr viel Zeit in Anspruch, die mir für andere Arbeiten hier im Büro wieder fehlt. Bei mittlerweile dreißig Initiativen, mit denen ich in Kontakt stehe, ist es unmöglich, bei allen einen Besuch abzustatten.

Wenn ich auch einsehe, daß es nicht immer leicht ist, mir alle wichtigen Neuigkeiten aus der Projektarbeit umgehend zuzustellen, muß ich doch anmerken, daß es oft einen nur geringen Mehraufwand

bedeuten würde, mir z.B. einen Zeitungsartikel oder ein Protokoll zuzusenden. Und diese Arbeit kann dann allen Anderen wieder zu gute kommen.

Mit dem Wunsche auf eine gute Zusammenarbeit und Informationsvermittlung will ich nun zu den folgenden Artikeln dieses Rundbriefes übergehen.

2. Die Konzeption des Rundbriefes

Versärkt soll der Rundbrief dem Informationsaustausch der Gedenkstätten und Initiativen dienen.

Damit sich die Adressaten auf die Form des Briefes einlassen können und hoffentlich viele Artikel beitragen können, möchte ich hier meine Konzeption vorstellen und erläutern.

Folgende Rubriken sollten in jedem Rundbrief vorhanden sein:

A Berichte über Gedenkstätten und Initiativen

Es sollte den Initiativen, vor allem den "neuen" und weniger bekannten, die Möglichkeit gegeben werden ihre Arbeit in einem längeren Beitrag darzustellen. Auch kann ich über meine Erkenntnisse, die ich beim Besuch von verschiedenen Gedenkstätten und Initiativen Gewonnen habe, berichten.

In diesem Rundbrief soll eine Selbstdarstellung der Arbeitsgruppe zur Euthanasie im Nationalsozialismus, die in Hadamar am 16.11.83 eine Ausstellung zu diesem Thema veröffentlicht hat, erfolgen.

Des weiteren will ich von einem Besuch bei der DGB-Landesjugendsekretärin und dem, was ich von ihr über die heutige Situation um das ehemalige KZ-Osthofen bei Worms erfahren habe, berichten.

B Zur Diskussion

Für diese Sparte hoffe ich, daß langfristig eine lebhaft Diskus-sion über interessante Beiträge, die für die Gedenkstättenarbeit von Bedeutung sind, initiiert werden kann.

Villeicht kann gerade im Vorfeld des nächsten Gedenkstättenseminares hier eine Anregung gegeben werden.

Als kleinen Anfang habe ich einen Artikel über den Stuttgarter Historikerkongreß abgelichtet, der sich mit dem Antisemitismus und dessen heutiger Aufarbeitung beschäftigt.

C Informationen; News

In diesem Kapitel sollten kurz die interessantesten Neuigkeiten, Entwicklungen, Trends in Form von kurzen Statements; eventuell auch Zeitungsartikel etc., abgedruckt werden.

Eine Liste der "grauen Literatur" fällt auch in diesen Abschnitt.

D Veranstaltungen

Veranstaltungshinweise - gerade dazu ist es notwendig, daß mir über längerfristig geplante Veranstaltungen rechtzeitig eine Mitteilung erreicht, damit sie dem interessierten Publikum weitergegeben werden kann.

E Anlagen

Flugblätter, Broschüren und ähnliches sollen mit Hilfe des Rundschreibens verteilt werden.

Diesmal sind es die Konzeption des "Aktiven Museums" und Hinweise auf Literatur zu Nordhessen während des Faschismus.

2. Osthofen - Von den Möglichkeiten als Gewerkschaft an die Geschichte eines ehemaligen KZ's zu erinnern

Die Abteilung Jugend des DGB-Rheinland-Pfalz hat die Auseinandersetzung mit dem Thema "Faschismus" zu einem ständigen Bestandteil ihrer Jugendarbeit gemacht.

Im Rahmen dieser Seminararbeit wurden verschiedentlich Fahrten zu KZ-Gedenkstätten (u.a. Dachau) durchgeführt.

Auf der Suche nach Möglichkeiten in Rheinland-Pfalz diese Arbeit fortzusetzen ist die DGB-Jugend auf das fast vergessene ehemalige KZ in Osthofen gestoßen.

Die Gebäude auf dem ehemaligen KZ-Gelände sind noch weitgehend erhalten. Es wurde früher als Fabrikgelände genutzt und dient heute weitgehend als Weinlager. Das Gelände befindet sich in Privatbesitz und kann nicht betreten werden.

Ein Antrag des BUND die Gebäude unter Denkmalschutz zu stellen, wurde zunächst von den zuständigen Behörden abgelehnt. Es gibt jedoch Anzeichen dafür, daß auf Initiative vom rheinland-pfälzischen Kultusminister Gölter eine positive Beschlußlage herbeigeführt werden soll.

NR. 23 - DIE RHEINPFALZ

27. 1. 1984

Südwestdeutsche Zeitung

Denkmalschutz für früheres KZ Osthofen?

Nach der Ablehnung durch die Kreisverwaltung Alzey-Worms Entscheidung bei der Bezirksregierung

Streit herrscht unter den Behörden in Rheinhessen, ob das ehemalige Konzentrationslager in Osthofen bei Worms unter Denkmalschutz gestellt werden soll oder nicht. Die Kreisverwaltung Alzey-Worms hat nach eigener Darstellung wegen Widersprüchlichkeiten im Gutachten des Landesamts für Denkmalpflege (Mainz) dem erforderlichen Verfahren nicht zugestimmt. Nach dieser Ablehnung wird der Entscheidung bei der Bezirksregierung in Neustadt bearbeitet, die - bevor sie selbst entscheidet - ergänzende Informationen beim Amt für Denkmalpflege angefordert hat.

Das Gebäude, in dem vor über 50 Jahren eine Papierfabrik untergebracht war, steht heute größtenteils leer, der Besitzer ist nicht zu sprechen. Das 1933 eingerichtete und von den Nationalsozialisten als „Schutzhaftlager“ bezeichnete KZ ist laut Antrag der Fachbehörde „weder als beispielhaft für die Industriegeschichte

noch als Baudenkmal“ anzusehen, müsse jedoch als „Geschichtsdenkmal“ und „mahnendes Zeugnis einer bestimmten Epoche unserer Geschichte“ gepflegt und erhalten werden.

Bis zur Auflösung des Lagers im Jahre 1935 wurden Sozialdemokraten, Sozialisten, aktive Gewerkschafter, Kommunisten und Juden aus den drei Provinzen des damaligen Volksstaates Hessen in Osthofen gequält und gedemütigt. Auch Carlo Mierendorff, sozialdemokratischer Politiker und Studienfreund des Dichters Carl Zuckmayer, war dort inhaftiert. Über die genaue Anzahl der ausschließlich männlichen Häftlinge ist jedoch nichts bekannt. In der 1979 erschienenen Dokumentation „KZ-Osthofen“ wird betont, daß es in dem Lager keine Todesfälle gegeben, die Behandlung der Inhaftierten jedoch menschenunwürdig gewesen sei. Primitive Unterkunft, kaum Gelegenheit zum Waschen, miserable Ver-

pflegung und die Schikanen des Wachpersonals hätten den Tagesablauf der Inhaftierten bestimmt. So sei beispielsweise „extra für die Juden eine Arena, die mit Stacheldraht umzäunt war, baut worden. In dieser Arena mußten die jüdischen KZ-Häftlinge den ganzen Tag im Kreis laufen.“

Mit der Auflösung des Lagers, das auch in dem Roman „Das siebte Kreuz“ von Anna Seghers eine Rolle spielt, wurde ein Teil der Gefangenen wieder in ihre Berufe entlassen; für andere jedoch war Osthofen die Zwischenstation auf dem Weg in die Vernichtungslager. Seit dem 18. November 1978 erinnert eine von ehemaligen Insassen angebrachte Gedenktafel an die tragische Geschichte der Lagergebäude. Mit der Forderung „Niemals wieder“ ist auch der Wunsch nach Aufklärung und Information, vor allem für die jüngere Generation, verbunden.

ANGELIKA BEST (dpa)

Eine Zuerkennung der Geschichte des ehemaligen KZ's in der Gegend von Osthofen ist bisher noch ungenügend. Der evangelische

Pfarrer steht unterstützend der Arbeit zur Seite, eine "Lagergemeinschaft" hat sich vor einigen Jahren zusammengeschlossen, ohne bisher großen politischen Einfluß geltend machen zu können. Die Parteien, in Osthofen existiert eine Gemeinderatsmehrheit der SPD, stehen dagegen dem Anliegen sehr skeptisch gegenüber.

Vom DGB wurden bisher zwei große "Friedensfahrten" mit Diskussionen und Kundgebung am Gelände organisiert. Inhalt dieser Fahrten war, den Zusammenhang zwischen Krietsvorbereitung und Aufrüstung auf der einen Seite und dem Aufbau von Feindbildern in der Gesellschaft und dem Sozialabbau auf der anderen Seite darzustellen und Parallelen in der Politik heute aufzuzeigen.

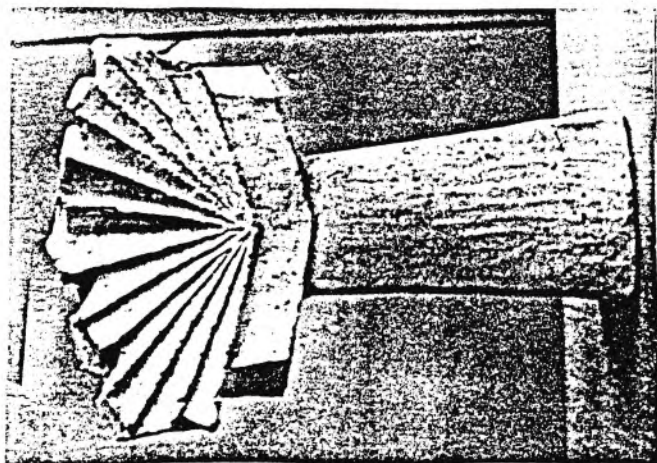
Angesichts der schwierigen Lage vor Ort ist das nächste Ziel der Gewerkschaftler direkt neben dem ehemaligen KZ, auf einem Gelände, daß durch die Gemeinde von der Deutschen Bundesbahn angekauft wird, einen Gedenkstein aufzustellen.

Bereits 17 Modelle für einen solchen Gedenkstein sind von Lehrlingen in der überbetrieblichen Ausbildungsstätte für Steinmetze der Handwerkskammer entworfen worden. Auch das Original soll im Rahmen der Lehre hergestellt werden. Dazu sind begleitende Veranstaltungen zur Geschichte des Lagers geplant.

Die zur Verwirklichung des Projektes benötigten Gelder in Höhe von 12.000 DM sind ebenfalls von den Jugendgruppen gesammelt worden.

Um die Aktivitäten in Osthofen auf eine breitere Basis zu stellen, wurde ein Arbeitskreis gegründet, dem Mitspracherecht, momentan z.B. in der Auswahl des Modelles des Gedenksteines, eingeräumt wird. Er setzt sich zusammen aus dem DGB-Kreis und Ortskartellvorsitzenden, der Vertreterin der DGB-Jugend, dem Bürgermeister, dem Landessekretär der Gewerkschaft Bau, Steine, Erden, dem Wormser Gewerkschaftsgeschäftsführer und last not least dem Vertreter der Lagergemeinschaft.

Der Präsident der Handwerkskammer, dem die Ausbildungsstätte untersteht, spricht sich für ein sehr abstraktes Modell des Gedenksteines aus.

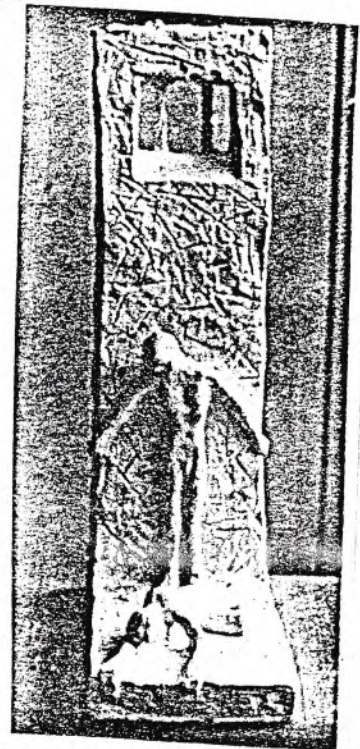


Vorschlag des HWK-Präsidenten

Innerhalb der DGB Jugend Rheinland-Pfalz werden die beiden unten gezeigten Modelle favorisiert.

Das eine Modell - welches die Hand mit der Friedenstaube zeigt - weil hier sehr gut eine Verbindung zwischen Faschismus - Krieg und Frieden hergestellt werden kann.

Das andere Modell, weil es sehr eindeutig ein Mahnmal an den dunkelsten Fleck deutscher Geschichte darstellt.



Ich persönlich würde das zweite Modell befürworten. Hier wird eindeutig auf die Menschen und ihr Leiden hingewiesen, hier wird deutlich, was an dem Ort geschehen ist, an dem dieses Mahnmal errichtet werden soll.

Eine Taube in der Hand finde ich zwar auch schön, aber für diesen Ort ist mir der Bezug zu abstrakt, der geschichtliche Hintergrund wird nicht deutlich. Aber gerade mit diesem wollen und sollen sich die Besucher einer solchen Stätte auseinandersetzen.

Als Resümee läßt sich festhalten, daß der Plan der DGB-Jugendsekretäre zu einer sinnvollen Verbindung von Theorie und Praxis in der Lehr- lingsausbildung führt. Zu wünschen ist, daß im Laufe des nächsten knappen Jahren dies vollzogen werden kann.

Wie für die Zukunft im Auge zu behalten ist, daß sich die Gebäude auf dem ehemaligen KZ-Gelände durchaus in eine Jugendbildungsstätte und eine Dokumentationsstätte umwandeln lassen können.

Kontaktadresse: DGB Rheinland-Pfalz, u.Hd. Lilo Bademacher,
Kaiserstraße 26, 6500 Mainz

Einführende Literatur: Paul Grünwald, KZ Osthofen, Frankfurt, 1983²

Bericht zur 'Gedenkstätte Hadamar'

Unserem heutigen Wissen nach wurden in der damaligen Landesheil- und Pflegeanstalt Hadamar zwischen Januar 1941 und März 1945 im Rahmen der sogenannten "Euthanasie" rund fünfzehntausend Menschen umgebracht, die als geisteskrank galten. Diesen Morden ging eine Vielzahl propagandistischer und staatlicher Maßnahmen voraus, die allerdings auf weit zurückreichende "Vorarbeiten" aufbauen konnten.

Schon Ende des 19. Jahrhunderts war mit der Ideologie des Sozialdarwinismus versucht worden, die Prinzipien von "Entwicklung" und "natürlicher Auslese" aus der Natur auf gesellschaftliches Leben zu übertragen. Im Konkurrenzkampf der sich rasch entwickelnden Industriegesellschaft sollten nur die "Gesunden" und "Starken" letztlich also nur die voll Arbeitsfähigen, überleben dürfen. Rapide anwachsendes Massenelend sowie tiefgreifende politische und soziale Veränderungen als Folge des verlorenen Ersten Weltkriegs verhalfen dem Sozialdarwinismus in der Weimarer Republik zu einer Neuauflage. So forderten zwei angesehene Wissenschaftler, der Jurist Karl BINDING und der Psychiater Alfred HOCH, bereits 1920 in einer gemeinsamen Schrift ("Die Freigabe der Vernichtung lebensunwerten Lebens") die straffreie Tötung von sogenannten "Ballastexistenzen", "Defektmenschen" und "geistig Toten". Im Zeitalter von Massenarbeitslosigkeit, Hunger und zunehmenden Krankheiten sollte eine gesellschaftliche Krise medizinisch "geheilt" werden.

Doch erst mit der nationalsozialistischen Machtübernahme war der politische Rahmen gegeben, solches Denken im großen Maßstab praktisch umzusetzen. Bereits im Juli 1933 folgte das "Gesetz zur Verhütung erbkranken Nachwuchses", das die zwangsweise Sterilisierung von sogenannten "Erbkranken" (nicht nur bei Schizophrenie oder Epilepsie, sondern auch bei "schwerem Alkoholismus") ermöglichte und dem im Dritten Reich mehr als dreihunderttausend Menschen zum Opfer fielen. Immer neue Kampagnen sollten die Zwangsmaßnahmen gegen psychisch Kranke, Behinderte und sogenannte "Asoziale" in der Öffentlichkeit absichern, um möglichem Protest vorzubeugen.

Die systematische Tötung von Geisteskranken begann 1939 - an Kindern. Durch einen Geheimerlaß des Reichsinnenministers wurden alle Ärzte und Hebammen aufgefordert, behinderte Neugeborene und Kinder bis zu drei Jahren zu melden. Entschieden drei ärztliche Gutachter auf "positiv", auf "Behandlung", was hier "Töten" bedeutete wurden die Kinder in einer der über 30 sogenannten "Kinderfachabteilungen" ermordet. Bis zum Frühjahr 1945 waren es ungefähr fünftausend.

Grundlage der umfangreichen Tötungen an Erwachsenen bildete eine persönliche Ermächtigung HITLERs (1.9.1939) für den Chef der "Kanzlei des Führers", BOUHLER, und für HITLERs Leibarzt, BRANDT. Damit waren "nach menschlichem Ermessen unheilbar Kranke" zum "Gnadentod" freigegeben. Was als humanitäre Maßnahme etikettiert wurde, bedeutete jedoch nichts anderes als die industriemäßig durchgeführte Vernichtung von Menschenleben. Die Aktion verlief in folgenden Etappen:

Die Heil- und Pflegeanstalten bekamen zunächst einen umfangreichen Meldebogen durch das Reichsinnenministerium zugesandt, in dem ^{u.a.} nach der Krankheitsdauer, nach der Häufigkeit von Besuchen und nach der Arbeitsfähigkeit der Patienten gefragt wurde. Die ausgefüllten Meldebogen wurden von Gutachtern der "Reichsarbeitsgemeinschaft für Heil- und Pflegeanstalten" (RAG) mit "positiv", d.h. "töten", oder "negativ", d.h. "leben lassen", beurteilt. Der Sitz dieser getarnten Euthanasie-Organisation in der Berliner Tiergartenstraße 4 brachte der gesamten Vernichtungsaktion den Namen "T 4" ein. Die zu tötenden Patienten wurden durch ein weiteres Tarnuntern ^{me} die "Gemeinnützige Krankentransport-Gesellschaft" (GeKraT), von den Heilanstalten - zur Verwischung von Spuren oft über mehrere Zwischenstationen - in eine der sechs Tötungsanstalten verlegt. Die Angehörigen erfuhren von dieser Verlegung meist erst, wenn die Tötung (durch Kohlenmonoxidgas) bereits unmittelbar bevorstand oder schon verübt war. Zunehmende Ängste in der Bevölkerung angesichts willkürlicher Auslegung, wer eigentlich "unheilbar krank" sei, führten zu Protesten (Bischof Graf von GALEN u.a.) und schließlich 1941 zum Abbruch der Euthanasieaktion in ihrer ursprünglichen Form. Rund siebzigtausend Menschen waren bis dahin bereits getötet worden - etwa soviel, wie auch 1939 geplant.

Über zehntausend von ihnen starben zwischen Januar und August 1941 in der Gaskammer von Hadamar.

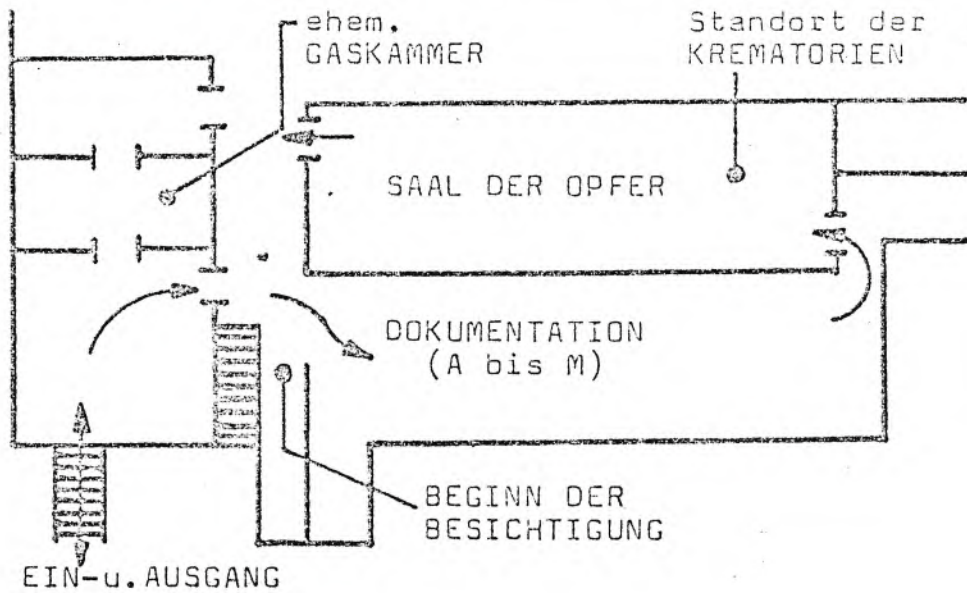
Die Hadamarer Verbrennungsöfen und das "eingearbeitete" Personal wurden teilweise in den Vernichtungslagern von Sobibor, Majdanek, Treblinka und Belzec weiter eingesetzt. Aber auch die Morde an Geisteskranken waren nicht beendet. Am 13./14. August 1941 begann mit einem Transport von hundertneunundzwanzig Männern aus Bremen die zweite Phase der Erwachsenen-Euthanasie in Hadamar (fälschlicherweise oft als "wilde Euthanasie" bezeichnet, ihr genaues Ausmaß ist bislang noch nicht bekannt). Auch für diese Verlegungen war wieder eine Tarnorganisation, die "Gemeinnützige Stiftung für Anstaltspflege"/Zentraldienststelle der Aktion T 4 verantwortlich. Die Menschen wurden jetzt nicht mehr in großen Gruppen durch Gas, sondern in kleiner Zahl durch Überdosen von Medikamenten ermordet. Ärztlicher Direktor, Oberschwester und Oberpfleger suchten in einer morgendlichen Konferenz die jeweiligen Todeskandidaten des Tages aus.

Im Frühsommer 1943 entstand in Hadamar zusätzlich eine Abteilung für jüdische Mischlingskinder, die sich in Fürsorgeerziehung befanden. Wir wissen heute von mindestens dreißig getöteten Kindern ihr doppelter "Makel", als "rassisch unwert" und "asozial" zu gelten, hatte ihre Vernichtung heraufbeschworen. Etwa ein Jahr später begann eine weitere Teilaktion: die Ermordung angeblich an Tuberkulose leidender Zwangsarbeiter, hauptsächlich Polen und Sowjetbürger. Von den zuständigen hessischen Arbeitsämtern eingewiesen, wurden sie, zumeist junge Männer, Frauen, aber auch Kinder, innerhalb weniger Stunden nach ihrer Ankunft durch Injektionen getötet. Rund fünfhundert Menschen fanden auf diese Weise zwischen Juli 1944 und März 1945 ihren gewaltsamen Tod.

Die hier gegebene kurze Zusammenfassung zu den Morden an Geisteskranken läßt die Aktionen in polnischen und russischen Anstalten, die Invalidenselektion in den Konzentrationslagern (Aktion "14f13" und die Morde an psychisch auffälligen deutschen Juden und Zwangsarbeitern aus.

Das Landesamt Hadamar verzeichnet für die Zeit dieser zweiten Phase (bis März 1945) über viertausend Todesfälle in der Anstalt Hadamar.

LAGEPLAN DER GEDENKSTÄTTE



- A Sozialdarwinismus
- B "Lebensunwertes Leben"
- C Sterilisierungsgesetze
- D Anstaltswesen vor dem 2. Weltkrieg
- E Kindereuthanasie
- F 1. Phase der Erwachseneneneuthanasie
- G 2. Phase der Erwachseneneneuthanasie
- H "14 f 13" (Vernichtung nicht arbeitsfähiger KZ-Häftlinge)
- J Jüdische Mischlinge
- K Zwangsarbeiter
- L Ärzte und Nationalsozialismus
- M Die Prozesse nach 1945

VORANMELDUNG/TERMINABSPRACHE für Besichtigungen :

Psychiatrisches Krankenhaus Hadamar
z.Hd. Frau VEIL
Mönchberg 8
6253 HADAMAR
Tel. 06433/ 801

Zusendung des Informationsblatts gegen Porto möglich!

LITERATURHINWEISE :

Götz ALY/ Karl-Heinz ROTH: Die restlose Erfassung, West-Berlin 1984 (Rotbuch-Verlag)
Gerhard BAADER/Ulrich SCHULTZ (Hrsg.): Medizin und Nationalsozialismus, West-Berlin 1980 (Verlagsgesellschaft Gesundheit)
Klaus DÖRNER u.a.: Der Krieg gegen die psychisch Kranken, Rehburg-Loccum 1980 (Psychiatrie-Verlag)
Friedrich Karl KAUL: Die Psychiatrie im Strudel der "Euthanasie", Frankfurt/M. 1979 (Europäische Verlagsanstalt)
Ernst KLEE: "Euthanasie" im NS-Staat, Frankfurt/M. 1983 (Fischer)
Alexander MITSCHERLICH/ Fred MIELKE (Hrsg.): Medizin ohne Menschlichkeit, Frankfurt/M. 1978 (Fischer)
Kurt NOWAK: "Euthanasie" und Sterilisierung im "Dritten Reich", Göttingen 1978 (Vandenhoeck & Ruprecht)
Gerhard SCHMIDT: Selektion in der Heilanstalt 1939 - 1945, Frankfurt/M. 1983 (Suhrkamp)
Dorothea SIEK: "Euthanasie" im NS-Staat. Am Beispiel des Kalmenhof in Idstein im Taunus (Materialien zur Sozialarbeit und Sozialpolit Bd. 9, hrsgg. von der Fachhochschule Frankfurt/M. 1983)
Walter WUTTKE-GRONEBERG (Hrsg.): Volk und Gesundheit. Heilen und Vernichten im Nationalsozialismus. Begleitbuch zur Tübinger Ausstellung 1982

SPENDEN zur Erhaltung der Gedenkstätte sind erwünscht an den
Verein zur Unterstützung: *Psychiatrische Hilfe Hadamar, e.V.*
Stichwort: GEDENKSTÄTTE *Kreispark Hadamar, Kto.-Nr. 40451130*

Text und Gestaltung: Peter CHROUST/ Herwig GROSS/Matthias HAMANN/
Jan SÖRENSEN

Druck: Druckkollektiv, Südanlage 17 H, 6300 Gießen

tat Montag, 7.5.84

Die, volle Wahrheit' und die, reine Wissenschaft'

Der Stuttgarter Historikerkongress über den Mord an den europäischen Juden

Von Donnerstag bis Samstag tagten etwa hundert Historiker im Gemeinderatssaal des Stuttgarter Rathauses zum Thema „Der Mord an den europäischen Juden im Zweiten Weltkrieg — Entschlußbildung und Verwirklichung“. Eingeladen hatten Eberhard Jäckel, Medienbeauftragter Hitlerforscher an der Universität Stuttgart, und Jürgen Rower, Direktor der Stuttgarter Bibliothek für Zeitgeschichte. Prominente Gäste waren aus Israel gekommen, aus den USA, England, Polen und der Bundesrepublik. Raul Hilberg — dessen Standard-Werk „The Destruction of the European Jews“, 1961 in den USA erschien, erst 21 Jahre später in deutscher Sprache verlegt — hielt seinen ersten öffentlichen Vortrag in Deutschland. Wie Hilberg fanden auch einige seiner Kollegen, die nur deshalb leben, weil sie noch als Kinder Deutschland und Österreich verlassen hatten, im Verlauf des Kongresses zur Sprache ihrer Eltern zurück, die meisten zu schönstem Wienerisch. Das ist ein nicht zu unterschätzendes Verdienst der Veranstalter; das zweite Verdienst könnte darin liegen, die Themenstellung des Kongresses als zu eng und daher in die Irre führend zu erkennen.

Nach den Worten Jäckels sollte der Kongress dazu dienen, „die volle Wahrheit zu ermitteln“. Vielleicht stünde uns etwas Besseres nicht schlecht — nicht dem langen Schweigen der deutschen Historiker, nach dem langsame und zähe Öffnung der Archive, nach der systematischen Vernichtung von Akten und einer Wiederbegründung des, die (wie der Nazis selbst) perfekt individualisierte, die Opfer einer zweiten Tortur unterwarf und sie mit psychischen Gutachten, Richtlinien und Verwaltungsbeamten konfrontierte, die ihnen eben noch als die Verursacher ihrer psychischen, körperlichen und sozialen Zerstörungen entgegengetreten waren. Nach all dem besteht kein Grund zum vollmundigen Superlativ; auch mit Teilen der Wahrheit sollen wir den Opfern unsere Achtung erweisen. Aber Jäckel, der zur „vollen“ Wahrheit drängt — auch wenn er in seinem Buch „Hitlers sämtliche Aufzeichnungen“ Werke des genialen Stuttgarter Dokumenten-Malers Kujau abgedruckt hat — sichert sich ab. Die Kongress soll „ein wissenschaftlich“ ge-

drücker Klasse — eher ein Tritt als eine Auszeichnung. Ihm sei hier für seine Arbeit als Oberstaatsanwalt und als Autor einschlägiger Bücher ausdrücklich gedankt.

Der Schlammherr

Eröffnungsvorleser und Schlammherr des Kongresses ist der Stuttgarter Oberbürgermeister Manfred Rommel. „In der Unternehmung“, sagt er, „dient der Erforschung des dunkelsten Kapitels der Menschheitsgeschichte“. „Dieser Sachverhalt“, fährt er fort, „bedarf nicht der Verschweigung, sondern der Aufklärung.“ Und schließlich: „Die Vorgänge sind kaum mehr zu begreifen.“

Ein Stockwerk tiefer hängt die Galerie der Stuttgarter Oberbürgermeister. Zwischen 1933 und 1945 gab es offensichtlich keinen. Mit keinem Wort erwähnt Rommel die Entrechnung der Stuttgarter Juden, wie und von wem sie im November 1941 im Wirtschaftsstrakt der Reichsgartenschau auf dem Killesberg zum Abtransport zu-



Titelbild des Buches von Raul Hilberg: „Die Vernichtung der europäischen Juden“

schwitz bedauert diese Mitteilung ... im Auftrage ... Heil Hitler!

Der Massenmord als Professoren-Kontroverse

Der Kongress streitet sich um zwei Punkte: Einmal um die Frage, wann genau im Sommer 1941 Hitler den Befehl erteilte

grund ist die Loyalität der Oberbürgermeister zu verstehen. Im Juni 1940 entwarf der Soziologe Fritz Arlt (ein Schüler von Arnold Gehlen) einen bevölkerungspolitische n Siedlungsplan für den „Generalgouvernement“ genannten Teil des besetzten Polen. Das „Gebiet“ sei zu dicht besiedelt, stellt er fest und schreibt dann, nachdem er die „Erhöhung der Absterberate“ in den unproduktiven Teilen der Bevölke-

...dem, daß es sich um ein Buch mit dem Titel
„Der Kampf um die deutsche Zukunft“ handelt.
Das Buch ist ein Sammelband, der von
Hans Krassnick und Alfred Ström
herausgegeben ist. Es enthält
eine Reihe von Aufsätzen, die
sich mit der deutschen Zukunft
befassen. Die Aufsätze sind
von verschiedenen Autoren
verfasst, die in der deutschen
Politik und Kultur tätig sind.
Das Buch ist ein wichtiger
Beitrag zur Diskussion über
die deutsche Zukunft.

...dem, daß es sich um ein Buch mit dem Titel
„Der Kampf um die deutsche Zukunft“ handelt.
Das Buch ist ein Sammelband, der von
Hans Krassnick und Alfred Ström
herausgegeben ist. Es enthält
eine Reihe von Aufsätzen, die
sich mit der deutschen Zukunft
befassen. Die Aufsätze sind
von verschiedenen Autoren
verfasst, die in der deutschen
Politik und Kultur tätig sind.
Das Buch ist ein wichtiger
Beitrag zur Diskussion über
die deutsche Zukunft.

...dem, daß es sich um ein Buch mit dem Titel
„Der Kampf um die deutsche Zukunft“ handelt.
Das Buch ist ein Sammelband, der von
Hans Krassnick und Alfred Ström
herausgegeben ist. Es enthält
eine Reihe von Aufsätzen, die
sich mit der deutschen Zukunft
befassen. Die Aufsätze sind
von verschiedenen Autoren
verfasst, die in der deutschen
Politik und Kultur tätig sind.
Das Buch ist ein wichtiger
Beitrag zur Diskussion über
die deutsche Zukunft.

...dem, daß es sich um ein Buch mit dem Titel
„Der Kampf um die deutsche Zukunft“ handelt.
Das Buch ist ein Sammelband, der von
Hans Krassnick und Alfred Ström
herausgegeben ist. Es enthält
eine Reihe von Aufsätzen, die
sich mit der deutschen Zukunft
befassen. Die Aufsätze sind
von verschiedenen Autoren
verfasst, die in der deutschen
Politik und Kultur tätig sind.
Das Buch ist ein wichtiger
Beitrag zur Diskussion über
die deutsche Zukunft.

...dem, daß es sich um ein Buch mit dem Titel
„Der Kampf um die deutsche Zukunft“ handelt.
Das Buch ist ein Sammelband, der von
Hans Krassnick und Alfred Ström
herausgegeben ist. Es enthält
eine Reihe von Aufsätzen, die
sich mit der deutschen Zukunft
befassen. Die Aufsätze sind
von verschiedenen Autoren
verfasst, die in der deutschen
Politik und Kultur tätig sind.
Das Buch ist ein wichtiger
Beitrag zur Diskussion über
die deutsche Zukunft.

...dem, daß es sich um ein Buch mit dem Titel
„Der Kampf um die deutsche Zukunft“ handelt.
Das Buch ist ein Sammelband, der von
Hans Krassnick und Alfred Ström
herausgegeben ist. Es enthält
eine Reihe von Aufsätzen, die
sich mit der deutschen Zukunft
befassen. Die Aufsätze sind
von verschiedenen Autoren
verfasst, die in der deutschen
Politik und Kultur tätig sind.
Das Buch ist ein wichtiger
Beitrag zur Diskussion über
die deutsche Zukunft.

...dem, daß es sich um ein Buch mit dem Titel
„Der Kampf um die deutsche Zukunft“ handelt.
Das Buch ist ein Sammelband, der von
Hans Krassnick und Alfred Ström
herausgegeben ist. Es enthält
eine Reihe von Aufsätzen, die
sich mit der deutschen Zukunft
befassen. Die Aufsätze sind
von verschiedenen Autoren
verfasst, die in der deutschen
Politik und Kultur tätig sind.
Das Buch ist ein wichtiger
Beitrag zur Diskussion über
die deutsche Zukunft.

Stand zum Projekt einer internationalen Jugendbegegnungs- stätte in Dachau

Die Arbeit der Initiativgruppe zur Errichtung einer Internationalen Jugendbegegnungsstätte in Dachau hat sich in den letzten Monaten intensiviert und beschleunigt. Die Initiative, die sich aus Vertretern lokaler Vereine und Verbände sowie interessierten Einzelpersonen zusammensetzt, hatte in den ersten drei Monaten dieses Jahres eine Konzeption erstellt, die nun als Diskussionsgrundlage für weitere Gespräche dient.

Das Arbeitsamt hat auf ein Jahr eine Arbeitsbeschaffungsmaßnahme (ABM) bewilligt, die vom Verein "Zum Beispiel Dachau" (Verein zur Erforschung der Dachauer Zeitgeschichte) beantragt worden war, der auch in der Initiativgruppe mitarbeitet. Johannes Otter hat diese Stelle als Geschäftsführer der Initiativgruppe am 22.05. angetreten. Er wird die Bemühungen für eine Jugendbegegnungsstätte koordinieren, die Öffentlichkeitsarbeit mitgestalten und Ansprechpartner für interessierte Gruppen und Einzelpersonen sein.

In allernächster Zukunft wird sich die Initiativgruppe eine Satzung geben und als eingetragener Verein konstituieren. Nach diesem Schritt soll dann eine Öffentlichkeitskampagne gestartet werden. Im Augenblick befindet sich die Initiative noch in der internen Diskussion; später werden mit der Bitte um Unterstützung auch die Gedenkstätten und -initiativen in der Bundesrepublik angesprochen werden.

Kontaktadresse : Johannes Otter
c/o Ev. Versöhnungskirche
KZ-Gedenkstätte
Alte Römerstraße
8060 Dachau
Tel. 08131/13644

EINE ENTSCHEIDUNG IST GEFALLEN?

Zur Gestaltung des ehemaligen Nazigeländes

Die Entscheidung ist gefallen. Zumindest für die Jury. Die Wettbewerbsarbeiten zur Gestaltung des ehemaligen Nazigeländes an der Wilhelmstraße sind prämiert (die taz berichtete). Ob der Senat sich allerdings an

den vom Preisgericht ausgewählten 1. Preis halten wird, bleibt abzuwarten. Aufgabe des Wettbewerbs war es lediglich, einen Vorschlag zur Gestaltung auszuarbeiten.

Der erste Preissieht einen „Gedenkhain“ aus Kastanienbäumen vor und ein „Bodenrelief“, das aus gußeisernen Platten gebildet ist und „Dokumente und weitere Fundstücke“ zur Geschichte aufnehmen soll. Dabei sollen Gebäudegrundrisse und Fundamentstrukturen sichtbar werden, an eine „ständig begehbare Geschichte“ ist gedacht. Zwar wird das Deutschlandhaus an der Stresemannstraße dabei von den Verfassern (Jürgen Wenzel und Nikolaus Lang) „als Störung empfunden“, die eigentlich beseitigt werden sollte, andererseits plädieren sie dann dafür, ein aktives Museum dahinein zu verpflanzen, ein „wie sie es nennen „Haus der Geschichte“.

Dieser Vorschlag fand in der Jury Gefallen und das Preisgericht bestimmte im Protokoll ausdrücklich, daß der 1. Preis nur dann ausgeführt werden sollte, wenn das Aktive Museum auch tatsächlich ins Deutschlandhaus ziehen könnte. Die Chancen dazu scheinen nicht schlecht zu stehen. Es wird gemunkelt, daß die „Stiftung Deutschlandhaus“, zusammengehalten aus Bundesmitteln und Senatsgeldern, dem Senat mit ihren starken Kontakten zu rechtskonservativen Kreisen um Ludek Pachmann und die „Kon-

servative Aktion“ ein Dorn im Auge ist. Zumal in Wahlkampfzeiten wird jede Stimme benötigt. So dürfte es dem CDU-Senat sinnvoll erscheinen, der „Stiftung“ als Stimmfänger das Wasser abzugraben. Sollte das Deutschlandhaus allerdings für ein antifaschistisches Museum doch nicht frei werden, plädiert die Jury für die Verwirklichung des 2. Preises.

Dieser sieht die „Rekonstruktion des historischen Zustands“ vor. Die „bauliche Struktur des ehemaligen Prinz-Albrecht-Palais und der Lenné'schen Gartenanlage“ soll wieder stehen. Ein Museumsneubau auf dem ursprünglichen Grundriß soll her. Ein „historischer Lehrpfad“ entlang von Mauerresten der Folterkeller ist vorgesehen, „künstliche Ruinen“, aber auch, da findet der italienische Preisträger Grogio Grassi gar nichts dabei, eine Kinderspielhalle und ein Spielplatz. Den hatten die Träger des 1. Preises „als unvereinbar mit der lokalen Geschichte des Ortes“ abgelehnt. Der 2. Preis verspricht ein spannendes Zusammenspiel zwischen wiedererstandenem Grauen und hellem Kinderlachen zu werden.

Mit dem 3. Preis ist ein „tunnelartiges begehbare Raumobjekt aus Stahl und Beton“ ausgezeichnet, das „diagonal

über den Kellern des ehemaligen Prinz-Albrecht-Palais (SS-Zentrale)“ zum Tragen kommen soll. Schließlich sollen Besucher über eine „Rampe“ geführt werden und weitere Stahlwände und Stahlplatten dem Ganzen einen Sinn geben.

Preis 4 wartet mit einem Skulpturenpark, einer „Fassadenkulisse“ und einer „Gedenkwall“ (Klagemauer) aus schwarzen Granit“ auf. Auch dieser Vorschlag erfordert den Neubau eines Museums. Der 5. Preisträger denkt an eine englische Parklandschaft mit Wasserläufen, einem See, einer Insel im See, kurz: an einen „Park als Erholungsbereich mit Café im Park und Blick auf See und Insel“, an einen Kinderspielplatz und schließlich an einen „Gedenkhof“. Ein Vorschlag, der mit Akribie versucht, alle Vorgaben des Senats tatsächlich auf einem Gelände zu erfüllen. Gefordert worden war, einen Park, eine Gedenkstätte und einen Kinderspielplatz auf diesem Gelände zu planen. Ein irrwitziges Unterfangen.

Viele der Teilnehmer scheiterten denn auch an dieser verquasteten Aufgabenstellung, die einem historisch so belasteten Gelände unbedingt die (durchaus berechtigten, aber sicher auch an anderer Stelle zu verwirklichenden) Freizeitbedürfnisse der Anwohner aufdrücken wollte. Das Preisgericht befand dann in seiner abschließenden Sitzung bedauern, daß der „große Wurf nicht dabei“ gewesen sei. Was nun schließlich ausgeführt wird, werden die kommenden Diskussionen zeigen. Zunächst werden die preisgekrönten Arbeiten heute um 11 Uhr vorgestellt. Ort: Gropius-Bau. Anschließend ist dort noch einmal die Ausstellung aller 194 eingereichten Wettbewerbsarbeiten bis zum 25.5. zu sehen.

Ein Nachtrag noch...

...zu den vorhandenen oder nicht vorhandenen Resten der Folterkeller. Viele der Wettbewerbsarbeiten bezogen sich auf vorhandene Fundamente, da immer noch unklar war, ob diese beim Abriß der Gebäude vernichtet wurden oder nicht (vgl. taz vom 14.3.84).

Beim Abriß des Gebäudes Prinz Albrecht Straße 8 scheint 1962 tatsächlich ganze Arbeit verrichtet worden zu sein. Völlig unüblich weist die vorhandene Karteikarte die „Kategorie 3“ auf, was soviel bedeutet wie Vernichtung „bis zur Unterkellerung“. Zudem wurden im April vom Bezirksamt Kreuzberg Probegrabungen auf dem Gelände durchgeführt, wobei nichts gefunden wurde. Im amtlichen Schreiben heißt es: „Es wurde einwandfrei festgestellt, daß in keinem dieser Bereiche, ausgenommen Fundamente, irgend ein Stück Kellermauerwerk vorhanden ist.“ Auf Nachfrage bestätigte Baustadtrat Orłowsky, daß Fundamente nur noch „punktuell in der Südkreuzung“ vorhanden seien. Ein Grundstückenplan



D Veranstaltungen

1. Das nächste Gedenkstättenseminar findet vom 8.-11. November statt. Getagt werden soll in der "Alten Synagoge" in Essen. Neben der Besichtigung der Ausstellung und Arbeitsmöglichkeiten am Ort soll ein weiterer inhaltlicher Schwerpunkt auf die Frage der Bedeutung des Antisemitismus für den Faschismus gelegt werden.
 2. In der zweiten Märzhälfte 1985 soll eine Fahrt für Mitarbeiter von Gedenkstätten in die VR Polen vom ASF/Gedenkstättenreferat angeboten werden. Ziel dieser Fahrt soll das Kennenlernen der Arbeit der Gedenkstätte Auschwitz/Birkenau sein. Auch sollen Arbeitskontakte auf internationaler Ebene durch diese Fahrt vermittelt werden.
- Für beide Veranstaltungen werden im Laufe des Jahres genauer festgelegte Einladungen versandt werden.

"Neue
West-
fälische"
vom
14.5.84



→ **Die 100 000.** Besucherin der Dokumentation „Wewelsburg 1933 – 1945. Kult- und Terrorstätte der SS“ seit der Eröffnung der Ausstellung vor zwei Jahren ist Lydia Ossmann von der Pax-Christi-Gruppe aus Brühl (rechts). Die Gruppe, die sich am 6. Mai im Zusammenhang mit ihrer Friedensarbeit mit der nationalsozialistischen Vergangenheit beschäftigte, wurde vom Museumspädagogen Andreas Ruppert durch die Ausstellung geführt. Zur Erinnerung an den Besuch überreichte Museumsleiter Wulff E. Brebeck (links) Lydia Ossmann im Namen des Kreises Paderborn zusammen mit einem Blumenstrauß einen Katalog der Dokumentation.

Foto: krpb